

## Für eine lebenswerte Zukunft – Brandenburgs wichtigste Aufgaben im Umwelt- und Naturschutz

Im nächsten Jahr können wir Brandenburgerinnen und Brandenburger gleich mehrfach über die Zukunft des Landes entscheiden: bei den Kommunal- und Europawahlen im Mai und den Landtagswahlen im Herbst 2014. Bündnis 90/Die Grünen sind dabei die einzige Partei, die sich konsequent für den Erhalt der Lebensgrundlagen und damit für mehr Lebensqualität einsetzt.

Die Rahmenbedingungen hierfür haben sich durch den Klimawandel und die demografische verändert. Der Weltklimabericht 2013 ist uns nochmal ein Ansporn, auch in Brandenburg konsequent für eine nachhaltige Entwicklung in allen Bereichen des Lebens einzutreten. Wir nehmen die Ansatzpunkte der empfohlenen Nachhaltigkeitsstrategie des Beirates für Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschutz ernst.

Die größten Aufgaben sehen wir im Forstwirtschaft, dem Verkehr, dem Wasserhaushalt und dem Naturschutz. Für diese sechs Handlungsfelder bieten wir beispielhaft umweltpolitische Leitlinien für das kommende Wahljahr 2014 an. Andere Handlungsfelder werden folgen.

Wir wollen damit eine lebenswerte Zukunft für die nachkommenden Generationen entwerfen - gemeinsam und im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern und allen gesellschaftlichen Kräften.“

### **I. Sozialverträglicher Ausstieg aus der Braunkohle**

Lebensqualität braucht zukunftsfähige Arbeitsplätze und eine intakte Natur - die Bilanz des Braunkohletagebaus in der Lausitz aber ist verheerend. Die Schäden und Risiken für Mensch und Umwelt, das Klima, für die Arbeitsplätze im Tourismus und das Trinkwasser in Brandenburg und Berlin sind inzwischen breit ins Bewusstsein gerückt. Die Verbrennung von Braunkohle ist außerdem extrem ineffizient – etwa zwei Drittel der eingesetzten Energie verpuffen ungenutzt über die Kühltürme. Und Braunkohle bremst den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Schließlich belastet der Braunkohleabbau den Landeshaushalt nach einer Studie des BUND jährlich mit rund 267 Millionen Euro verdeckten Subventionen und Mindereinnahmen.

Wir setzen uns daher dafür ein, schnellstmöglich und sozialverträglich aus der Braunkohle aus- und auf erneuerbare Energien umzusteigen. In unserem Zossener

Beschluss „100 Prozent erneuerbare Energien ermöglichen“ haben wir konkret dargestellt, dass und wo für uns Natur- und Artenschutz sowie die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger die Grenzen des Ausbaus der Erneuerbaren Energien bestimmen (<http://gruenlink.de/50c>).

### **Verockerung und Sulfatbelastung der Spree bekämpfen**

Die Verockerung und Sulfatbelastung insbesondere der Spree stellt Brandenburg vor ein massives Umweltproblem, das sich in den nächsten Jahren weiter zuspitzen wird. Für den Aufschluss neuer Braunkohletagebaue in der Lausitz wäre eine massive Grundwasserabsenkung erforderlich, damit die Abbaugruben nicht geflutet werden. Mit dem Grundwasserwiederanstieg nach Beendigung des Kohleabbaus aber werden die Verwitterungsprodukte ausgewaschen und gelangen in die Gewässer der Lausitz bzw. in die Spree. Die Verockerung bedroht nicht nur Tiere und Pflanzen in den Gewässern, sondern auch die gesamte Tourismusregion Spreewald, das Sulfat gefährdet zudem die Trinkwasserversorgung von Berlin und Teilen Brandenburgs.

Die angekündigten Sofortmaßnahmen gegen diese Umweltkatastrophe greifen offensichtlich bisher nicht. Wir fordern eine beschleunigte Umsetzung, insbesondere die Quellen des Eisensulfats in Sachsen müssen umgehend behandelt werden. Wir erwarten, dass auch der neue Ministerpräsident Woidke das Thema zur „Chefsache“ macht und die Verhandlungen mit Sachsen zum Abschluss bringt. Zudem ist für uns klar: neue Tagebaue werden das Problem nur verschlimmern und dürfen daher nicht genehmigt werden. Bei laufenden Tagebauen muss die Abbauplanung schnellstmöglich angepasst oder aber die Genehmigung gänzlich aufgehoben werden.

### **Für eine Zukunft der Lausitz: Keine neuen Tagebaue!**

Der Heimat- und Naturzerstörung in der Lausitz muss endlich Einhalt geboten werden. Deshalb und weil neue Tagebaue den Umstieg auf eine klimafreundliche Energieversorgung verhindern, lehnen wir die Genehmigung der neuen Felder Welzow Süd II und Jänschwalde Nord ab.

Wir wollen für die Lausitz einen Plan B entwickeln, Dieser soll die Möglichkeiten aufzeigen, in der Zeit, in der die genehmigten Tagebaue noch laufen, die Industriearbeitsplätze zu substituieren, die durch das Auslaufen der Kohle verloren gehen. Wir sind der festen Überzeugung, dass die in der Kohle und den Kraftwerken tätigen Beschäftigten qualifiziert sind, auch in anderen Bereichen der Energieerzeugung oder industriellen Branchen Arbeit zu finden. Bei der Entwicklung dieses Planes spielt es keine Rolle, ob man in Zeiträumen von 10 oder 30 Jahren denkt – entscheidend ist, dass die Region auf einen Ausstieg aus der Kohle vorbereitet ist.

Alle gesellschaftlichen Gruppierungen von Verbänden, Gebietskörperschaften und Kirchen bis zu Industrievertretern und Gewerkschaften haben die Aufgabe, sich an einem solchen Prozess zu beteiligen und so ihrer Verantwortung für die Zukunft der Lausitz gerecht zu werden. Hierfür müssen die indirekten Subventionen aufgegeben

werden und die zusätzlichen Mittel für einen Strukturwandel und die Ansiedlung zukunftsfähiger, innovativer Unternehmen in der Lausitz genutzt werden.

## **II. Umweltverträgliche Landwirtschaft**

Als einzige Partei in Brandenburg fordern wir einen umfassenden Kurswechsel in der Agrarpolitik. Die Grundzüge hierzu haben wir in unserer „Münchehofer Erklärung“ (<http://gruenlink.de/13h>) formuliert.

### **Ökolandbau voranbringen**

Unsere wichtigste Strategie für mehr Natur- und Umweltschutz im Agrarsektor ist der Ausbau der ökologischen Landwirtschaft. Der Ökolandbau setzt auf natürliche Kreisläufe und artgerechte Tierhaltung. Er trägt besonders dazu bei, Boden, Klima, Trinkwasser und die Artenvielfalt zu schützen. Deshalb braucht Brandenburg eine neue Ökolandbau-Initiative, um den Stillstand in der ökologischen Landwirtschaft unter Rot-Rot zu beenden. Aus dem auch noch weiter wachsenden Bedarf in Berlin und Brandenburg ergibt sich die Chance, perspektivisch die gesamte Landwirtschaft in Brandenburg ökologisch zu gestalten und den Anbau zu 100 Prozent nachhaltig zu betreiben.

### **Förderung ökologisch wirksam gestalten**

Darüber hinaus brauchen auch die Landwirte in der bäuerlich-konventionellen Landwirtschaft eine bessere Förderung ihrer Leistungen im Umwelt- und Naturschutz. Die gelingt nur, wenn die Verteilung von Agrarsubventionen grundlegend anders gestaltet wird. Als Richtlinie soll künftig gelten: Gefördert wird nur, was auch ökologisch vorteilhaft ist. Die Ergebnisse der EU-Agrarreform 2014 sind aus grüner Sicht nur ein winziger Schritt nach vorn. Jetzt ist das Land Brandenburg gefordert, alle Spielräume zu nutzen, um unsere Landwirtschaft umweltgerechter zu gestalten.

### **Für mehr biologische Vielfalt**

Unser wichtigstes umweltpolitisches Ziel im Agrarbereich ist die deutliche Reduzierung umwelt- und gesundheitsschädlicher Pflanzenschutz- und Düngemittel sowie die Förderung der Landschaftspflege. Nur so lässt sich der Verlust der biologischen Vielfalt in unseren Agrarlandschaften aufhalten, der vor allem wegen der Ausbreitung agrarindustrieller Strukturen und der ausufernden Biomasse-Verstromung längst zu den drängendsten Umweltproblemen in unserem Land gehört. Hierzu braucht Brandenburg verbindliche Aktionspläne, die durch entsprechende Agrarumweltprogramme begleitet werden.

### **Massentierhaltung beenden**

Eines der größten globalen Umweltprobleme ist die Zerstörung der tropischen Regenwälder. Mit verantwortlich dafür ist die Massentierhaltung, die auch in Brandenburg vor allem auf südamerikanisches Soja als Eiweißfutter setzt – wir

verfüttern in unseren Ställen den tropischen Regenwald. Dieser Umweltskandal muss dringend gestoppt werden. Dazu brauchen wir ein Ende der Massentierhaltung und mehr Mittel für Forschung und Züchtung, um den Anbau und die Verfütterung heimischer Eiweißpflanzen schnell und deutlich zu erhöhen.

### **Agrarwende gemeinsam voranbringen**

Mehr Umweltschutz in der Landwirtschaft bekommen wir nur, wenn wir eine Agrarwirtschaft fordern und fördern, die mit der Natur arbeitet und nicht gegen sie. Die Zivilgesellschaft in Deutschland und Brandenburg erkennt immer deutlicher, dass die mächtige Lobby und die Geldgeber der Agrarindustrie nur an kurzfristigen Renditen interessiert sind, während sie die Kosten für die Beseitigung der von ihr verursachten Umweltschäden der Gesellschaft aufbürden. Deshalb unterstützen Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg die umweltpolitischen Forderungen des Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg, das sich am 9.11.2013 in Potsdam gegründet hat.

### **III. Umweltfreundliche Mobilität statt mehr Verkehr**

Mobilität bedeutet persönliche Freiheit: Um zur Arbeit zu kommen, einkaufen zu gehen, Freunde zu treffen oder den Hobbys nachzugehen, sind wir täglich zu Fuß, mit Fahrrad, Bus, Bahn oder Auto unterwegs. Auch die Güter des täglichen Lebens haben meist viele Transportkilometer auf dem Buckel, per Schiff, Flugzeug und Bahn, viel zu oft auch weite Strecken mit dem LKW. Wir setzen auf regionale Produkte und emissionsarme Verkehrsmittel, die den Brandenburgern ermöglichen, die Bewegungsfreiheit zu erhalten, ohne die Umwelt weiter zu beeinträchtigen. Die derzeitige, fossil betriebene Mobilität wird für viele zur Belastung: Mit der Zunahme des Verkehrs nehmen auch der Verkehrslärm, der mittlerweile zu den größten Umweltproblemen gehört und schleichend krank macht, die Luftverschmutzung sowie der Flächenverbrauch zu.

#### **Straßen erhalten statt ausbauen!**

Der Straßenneubau muss auf das absolut notwendige Minimum reduziert werden. Die rot-rote Landesregierung ist schon heute finanziell überfordert, das bestehende Landesstraßennetz in Stand zu halten. Wir fordern, stattdessen ausreichend Mittel in den Ausbau der Radwegeinfrastruktur, intelligente Verkehrsleitkonzepte für den Güterverkehr und in den Erhalt des bestehenden Straßennetzes sowie Elektromobilität zu investieren.

#### **Öffentlichen Nahverkehr stärken und mit alternativen Angeboten erweitern**

Die begrenzten Landesmittel müssen verstärkt in ein verbessertes Angebot des öffentlichen Nahverkehrs mit attraktiveren Takten, einem soliden Angebot auch in den ländlichen Räumen und einer besseren Verknüpfung der Verkehrsträger investiert werden. Dabei soll der schienengebundene Verkehr als Rückgrat des öffentlichen Nahverkehrs möglichst erhalten bleiben. Das heißt auch, dass in Brandenburg keine Bahnstrecken mehr entwidmet werden dürfen. Vor allem aber da,

wo Schiene schon verloren ging, müssen alternative Verkehrsangebote aufgebaut bzw. gestärkt werden, wie z.B. Ruftaxen, Kombi- und Bürgerbusse. Auch kommunale Verkehrsunternehmen können (Elektro-) Carsharing anbieten und (Elektro-)Fahrräder verleihen. Wir brauchen ein Verkehrsangebot, das Mobilität auch für Menschen ohne Auto oder Führerschein möglich macht. Und nur wenn das Angebot stimmt, können PKW-NutzerInnen auf den umweltfreundlichen Nahverkehr umsteigen. Dazu muss zudem ein gemeinsamer Ländernahverkehrsplan für die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg entwickelt werden. Damit wollen wir insbesondere für die Pendler den Umstieg auf Bus und Bahn erleichtern und so den Anteil des Umweltverbands von 25 auf 50 Prozent klimagerecht verdoppeln.

### **Verkehrskonzept zur Bundesgartenschau (BUGA) 2015 in der Havelregion als Chance nutzen!**

Die BUGA 2015 in der Havelregion kann die Tourismusregion und somit die regionale Wertschöpfung stärken. Unser Ziel dabei ist auch, Mobilitätskonzepte jenseits des Autos im ländlichen Raum zu bewerben und attraktiver zu machen. Da die BUGA an fünf verschiedenen Orten in zwei Bundesländern entlang der Havel stattfindet, muss das Land dies unterstützen. Die attraktive Nahverkehrsanbindung aller Standorte muss gesichert werden, Stromtankstellen flächendeckend ausgebaut werden. Wichtig ist auch die Anbindung an den Bahnfernverkehr sowie eine Taktverdichtung auf einzelnen Bahnstrecken für die Zeit der Bundesgartenschau. Das Land ist gefordert, Radtransportsysteme für Busse wirtschaftlich darstellbar zu gestalten sowie ein attraktives (Elektro-)Fahrradleihsystem und neben "Park&Ride" auch "Charge&Park" in der Gesamtregion zu etablieren. Zugleich sollte das Land die Chance ergreifen, in die Bahnhöfe der Region zu investieren, sie sind Einlassportale für viele Besucherinnen und Besucher. Mittelfristig braucht Brandenburg ein Bahnhofsentwicklungsprogramm für das ganze Land, wie es in anderen Bundesländern längst üblich ist.

### **Verkehrsfinanzierung verbreitern: LKW-Maut weiterentwickeln**

Wir brauchen bei der aktuellen chronischen Unterfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur neue Finanzierungsquellen, um ein attraktives Verkehrsangebot auch langfristig auf solide Beine stellen zu können. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene dafür ein, die LKW-Maut zu einer Logistikabgabe weiterzuentwickeln: Zukünftig müssen auch die externen Umweltkosten berücksichtigt werden, schadstoffärmere LKW etwa eine geringere Maut zahlen als LKW mit vielen Emissionen. Zudem wollen wir, dass die Maut auf LKW ab 3,5 Tonnen auf alle Bundesstraßen ausgedehnt wird. Hiermit könnten nicht nur weitere Finanzmittel erschlossen werden, sondern mit einer entsprechenden Ausgestaltung könnte auch eine verkehrslenkende Funktion erreicht werden. Unabhängig davon wollen wir LKW-Führungskonzepte für Brandenburger Gemeinden nach dem Potsdamer Vorbild fördern, um auch schon mittelfristig die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten.

### **Mehr Lebensqualität**

Lärm ist der Zivilisationsmüll unserer Zeit. Er kann zu Schwerhörigkeit, Kopfschmerzen und Konzentrationsschwierigkeiten führen. Starker Dauerlärm erhöht den Blutdruck und die Gefahr eines Herzinfarktes. Mit den zusätzlichen Maut-Einnahmen soll – sofern andere Maßnahmen nicht ausreichend wirksam sind – auch in weitere Maßnahmen wie lärmreduzierende Straßenbeläge, Lärmschutzwände oder Schallschutzfenster investiert werden. Für mehr Lebensqualität in den Städten und Gemeinden, um Anwohnerinnen und Anwohner besser vor Lärm und Schadstoffen schützen zu können, aber auch um die Verkehrssicherheit innerhalb von Orten zu erhöhen, wollen wir zudem Städten und Gemeinden durch eine Änderung der Straßenverkehrsordnung ermöglichen, die innerörtliche Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h zu reduzieren.

Zudem wollen wir durch Änderungen des Planungs- und Baurechts den Gemeinden den Bau eigener Lärmschutzmaßnahmen erleichtern. Gezielt gefördert werden sollen auch Aktivitäten für Lärmschutz durch zusätzliche Photovoltaikanlagen an prädestinierten Straßen.

Die Lärmschutzstrategie des Landes Brandenburg muss angepasst werden und zukünftig die Mehrfachbelastung durch mehrere Lärmquellen wie Straße, Bahn Fluglärm zusammen betrachten sowie die Grenzwerte der Weltgesundheitsorganisation als Schwellenwerte zugrunde gelegt werden. Auch soll das Land vorsorgend darauf achten mehr schützenswerte Regionen als "ruhige Gebiete" auch für zukünftige Planungen auszuweisen.

Auch Feinstaub, der durch Reifenabrieb, Abrieb von Bremsbelegen und Abgase entsteht, belastet die Gesundheit vieler Menschen. Um ihn deutlich zu reduzieren, braucht es neben besseren Konzepten zur Verkehrslenkung (besonders um LKW-Durchgangsverkehr durch Städte und Gemeinden zu vermeiden) vor allem emissions- und verbrauchsärmere Fahrzeuge. Daher setzen wir uns auf EU- und Bundesebene für die Fortschreibung der PKW- und LKW-Emissionsgrenzwerte ein. In Brandenburg wollen wir die öffentliche Hand verpflichten, bei der Neuanschaffung von Dienstfahrzeugen eine Vorbildrolle einzunehmen.

### **Nachtflugverbot einführen!**

Bisher ist für den neuen Flughafen Berlin-Brandenburg BER in Schönefeld lediglich ein Nachtflugverbot von 24.00 bis 5.00 Uhr vorgesehen. Fünf Stunden aber sind zu kurz für einen erholsamen Nachtschlaf! Denn insbesondere nächtliche Ruhestörungen sind gesundheitsgefährdend. Wir fordern stattdessen ein konsequentes Nachtflugverbot zwischen 22:00 und 6:00 Uhr. Außerdem müssen endlich die im Planfeststellungsbeschluss vorgeschriebenen Lärmschutzmaßnahmen realisiert werden. Die Zahlung von pauschalen Entschädigungen statt konkreter Schutzmaßnahmen lehnen wir ab.

## **IV. Schutz von Natur und Landschaft**

Brandenburg bietet vielen seltenen und gefährdeten Tier- und Pflanzenarten eine Heimat. Darunter sind auch wichtige Arten, mit deren Bekämpfung andere Parteien auf Wählerstimmenfang gehen - sei es der Wolf, der Biber, der Kormoran oder gar der Kranich. Um die seltenen und gefährdeten Tier- und Pflanzenarten zu bewahren, muss die Landesregierung das Maßnahmenprogramm Biologische Vielfalt zu einer echten Strategie weiterentwickeln, die Bildung für nachhaltige Schutz unserer aller Lebensgrundlage werben. Um Schutz unserer aller Lebensgrundlage werben. Um Natur und Landschaft zu schützen, setzen wir uns zudem für einen Stopp des Flächenverbrauchs und den Schutz des Bodens ein.

### **Naturschutzverwaltung stärken**

Die Aufgaben in der Naturschutzverwaltung und der Verwaltungen der Großschutzgebiete haben in den letzten Jahren zugenommen, gleichzeitig wurde überproportional Personal eingespart. Das führt beispielsweise zu einem Vollzugsdefizit bei der Schutzgebietenbetreuung und der Umsetzung rechtlich vorgeschriebener Kompensationsmaßnahmen bei Eingriffen in die Natur. Wir fordern daher ein Ende des Personalabbaus und der Stellenkürzungen, freie Stellen sind sofort zu besetzen. Wir machen uns darüber hinaus dafür stark, die Naturschutzverwaltung des Landes auch auf Landesebene zu belassen. Die Fördermittel für den Naturschutz, das Kulturlandschaftprogramm und zur Förderung des ehrenamtlichen Naturschutzes über die Naturschutzverbände wollen wir entsprechend ihrer gesellschaftlichen Bedeutung aufstocken. Zudem wollen wir die in den letzten Jahren beschnittenen Beteiligungs- und Klagerechte der Umweltverbände wieder stärken.

### **Schutzgebiete weiterentwickeln**

Brandenburg verfügt mit seinen Schutzgebieten über einen einzigartigen Schatz. Um diesen zu bewahren, muss für die Erstellung und Umsetzung von Pflege- und Entwicklungsplänen ausreichend Personal- und Finanzmittel bereitgestellt werden. Das Brandenburger Biotopverbund-Konzept muss rasch umgesetzt werden, Bundesregierung, auf Bundesregierung, auf zwei Prozent der Landesfläche Wildnis zu entwickeln - indem v.a. alte Waldbestände des Landeswaldes sowie rekultivierte Bergbaufolgelandschaften der natürlichen Entwicklung überlassen werden. Zudem müssen die Inseln der Artenvielfalt in unserer Landschaft durch Ausweitung des gesetzlichen Biotopschutzes geschützt werden.

### **Schutz von Bäumen und Alleeen**

Um landschafts-, dorf- und stadtbildprägenden Einzelbäume, Baumreihen und Baumgruppen für die Nachwelt zu erhalten, wollen wir sie gesetzlich schützen. Alleebäume, die aus Gründen der Verkehrssicherheit gefällt werden, sollen mindestens im Verhältnis 1:1 innerhalb eines Jahres nach der Fällung ersetzt werden, um den jetzigen Alleebaumbestand ständig und dauerhaft mindestens auf dem jetzigen Niveau zu halten. Zudem muss die Baumpflege verbessert werden, indem Unternehmen, die sich bei Aufträgen der Baumpflege und Baumpflanzungen nicht bewähren, stärker

sanktioniert werden.

### **Öffentliche Hand zum Vorbild machen**

Die öffentliche Hand hat insgesamt eine wichtige Vorbildfunktion. Daher wollen wir ein Konzept entwickeln, wie bei allen öffentlichen Maßnahmen, beim Einkauf der Naturschutzgesetz auch festlegen, dass bei Naturschutzgesetz auch festlegen, dass bei der Bewirtschaftung von Grundflächen der öffentlichen Hand die Ziele und Grundsätze des Naturschutzes und der Landschaftspflege in besonderer Weise berücksichtigt werden müssen.

### **V. Für einen nachhaltigen Umgang mit unserem Wasser**

Wasser ist eines unserer kostbarsten Güter, die gerechte Verteilung von sauberem Trinkwasser führt weltweit zu Konflikten. Ohne Wasser kann auch keine Landwirtschaft und keine nachhaltige Nahrungsmittelproduktion sicher gestellt werden. Brandenburg gehört schon heute mit durchschnittlich 558 Milimeter Niederschlag pro Jahr (in der Lausitz z.T. unter 500 Milimeter) zu den Bundesländern mit dem geringsten Jahresniederschlag. Gleichzeitig führt aber der Klimawandel zu noch trockeneren und heißeren Sommern, einer Verlagerung des Niederschlags in die vegetationslose Zeit sowie zu mehr und plötzlichen Starkregen im Sommer. Der trockene Boden kann so oft die Regenmengen nicht mehr aufnehmen. Auch deshalb wird die Zahl der sogenannten „Jahrhundert-Hochwasser“ weiter zunehmen. In den höher gelegenen Landesteilen dagegen wird der Grundwasserspiegel weiter sinken und der Wassermangel entsprechend zunehmen. Etliche kleinere Seen existieren schon heute nur noch auf Landkarten. Die Zerstörung des natürlichen Landschaftswasserhaushaltes hat zudem viele Ökosysteme vernichtet, langfristig wollen wir den kleinen Wasserkreislauf auf der gesamten Landesfläche wiederherstellen.

### **Unser Programm: Das Wasser in der Landschaft halten**

Das künftig knapper werdende Wasser wollen wir mit einem umfassenden Maßnahmenprogramm in der Landschaft halten. Dazu gehört zunächst, alle landschaftlichen Möglichkeiten zur Speicherung von Wasser zu nutzen, insbesondere ist Grünlandumbruch zu unterbinden und sind Moore und Flüsse zu renaturieren, um den Abfluss des Wassers zu verlangsamen. Die Durchgängigkeit des Gewässersystems für wandernde Fischarten muss dabei gewährleistet werden. Der gute ökologische Zustand gemäß EU-Wasserrahmenrichtlinie muss zum Standard für alle Fließgewässer des Landes werden.

Auch die Grundlagen für die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung wollen wir anhand ökologischer Kriterien umgestalten. Wir setzen uns für eine Weiterentwicklung und Neuorientierung der kommunalen Abwasserkonzepte ein. Überdimensionierte und unrentabel werdende Anlagen wollen wir mittel- und langfristig durch dezentrale Lösungen, z.B. durch Gruppenkläranlagen, ersetzen und



diese dann in lokale Wasserkreisläufe einbinden. Wir setzen uns für eine landesweite Regelung ein, die sicher stellt, dass Niederschlagswasser auf den jeweiligen Grundstücken versickern muss. Einige Kommunen in Brandenburg machen dies bereits erfolgreich vor.

### **Mehr Anreize schaffen – faire Nutzungsgebühren für alle**

Daneben wollen wir die Anreize erhöhen, mit Grund- und Oberflächenwasser so sparsam wie möglich umzugehen. Dies betrifft in erster Linie Großverbraucher, die bisher oftmals gegenüber den BürgerInnen bevorzugt und somit indirekt subventioniert werden. Wir wollen auch für die Großverbraucher Nutzungsentgelte einführen und die Befreiung des Braunkohletagebaus von der Wasserförderabgabe sofort beenden. Grundsätzlich soll bei der Beitragserhebung das Verursacherprinzip gelten; Preisrabatte für Großverbraucher sind zukünftig generell nur noch im Ausnahmefall und dann durch die obere Wasserbehörde zu genehmigen. Aber auch die Beiträge der Grundstücksnutzer für die Wasser- und Bodenverbände sind langfristig an die Art der Bodennutzung anzupassen: In Wald- und feuchten Wiesengebieten soll es Rabatte geben. Schließlich wollen wir ein Förderprogramm auflegen, um alle Wohnungen mit Wasserzählern auszurüsten – damit zukünftig die Wassergebühren nach dem realen Verbrauch statt pauschal über die Wohnungsgröße berechnet werden können.

### **Hochwasser- und Baupolitik mit, nicht mehr gegen das Wasser**

Im Hochwasserschutz und in der Baupolitik brauchen wir einen Richtungswechsel: Nicht mehr gegen, sondern mit dem Wasser müssen wir bauen und leben. Es ist klar, dass die Siedlungsräume durch ausreichend hohe und stabile Deiche gesichert werden müssen. Außerhalb der Siedlungen brauchen wir aber statt immer höherer Deiche mehr Raum für die Flüsse. Daher wollen wir die Verpflichtung, deutlich mehr Hochwasserrückhalteräume zu schaffen, im Brandenburgischen Wassergesetz verankern. Das bedeutet auch, den Bau neuer Gebäude oder gar Siedlungsteile in überflutungsgefährdeten Gebieten zu unterbinden. Im Einzelfall kann es sogar sinnvoll sein, Gebäude und andere Anlagen aus solchen Gebieten zu verlegen – hierfür muss die BVVG geeignete und angemessene Tauschflächen bereithalten.

Viele Gebiete in Brandenburg haben einen hohen Grundwasserstand. Da bei Baugenehmigungen die Grundwasserstände jedoch oft nicht ausreichend beachtet werden, führt dies bei vielen Hausbesitzern oft zu unliebsamen Überraschungen durch vollgelaufene Keller etwa bei Hochwasser. Das heute oft praktizierte Abpumpen des hohen Wasserstandes ist aber auf Dauer weder bezahlbar noch ökologisch vertretbar.

Wir fordern daher, in das Baugenehmigungsverfahren eine Prüfung möglicher Gefahren oder Probleme mit Hoch- und Grundwasser zu integrieren. Dazu müssen die Wasserbehörden der Bauaufsicht alle relevanten Daten zur Verfügung stellen. In vom Kohleabbau aktuell oder in der Vergangenheit betroffenen Gebieten sind müssen auch die Bergbautreibenden alle ihnen bekannten hydrologischen Informationen den Gemeinden und Baubehörden unentgeltlich übergeben. Neue

Baugebiete müssen einer entsprechende Prüfung schon im Genehmigungsverfahren unterliegen, bei Bauleitplanungen für Baugebiete in bestätigten Überschwemmungsgebieten soll künftig ein Verfahren analog der Vereinbarkeitsprüfung von Planungen in Landschaftsschutzgebieten angewandt werden. Beim Kauf von Häusern und Grundstücken muss zudem eine Prüfung und Beratung der Käuferinnen und Käufer durch die Gutachterausschüsse für Grundstücksbewertungen erfolgen.

## **VI. Die Brandenburger Wälder ökologisch umgestalten**

Brandenburgs Wald kann vielfältig gestaltet werden und einen einzigartigen Erholungswert bieten. Doch mit einem Flächenanteil von 73 Prozent prägt die Kiefer das Waldbild Brandenburgs - zum größten Teil in Form von Monokulturen. Das ist mit vielen Problemen und Risiken verbunden: So bildet sich unter Nadelbaum-Reinbeständen nur sehr wenig Grundwasser, sie sind anfälliger gegenüber Schadinsekten. Die Gefahr von Waldbrand und Windwurf ist in reinen Altersklassenwäldern deutlich höher als in artenreichen Mischwäldern. Nicht zuletzt, weil Sommertrockenzeiten und Extremwetterereignisse aufgrund des Klimawandels weiter zunehmen werden, ist neben dem Erhalt und Ausbau der Großschutzgebiete der naturnahe Waldumbau das Gebot der Stunde: weg vom monotonen Kiefernforst hin zum artenreichen Mischwald. Diese sind erfahrungsgemäß vitaler, liefern sichere Holzerträge und bieten, wenn sie über einen angemessenen Anteil stehenden und liegenden Totholzes verfügen, auch einer Vielzahl von gefährdeten Organismen Lebensraum. Bei einem Waldanteil von ca. 37 Prozent ist der Waldumbau in Brandenburg keine einfache, aber eine wichtige Aufgabe.

### **Nachhaltige Forstwirtschaft**

Eine leistungsfähige Forstverwaltung gibt es nicht zum Nulltarif, für die nachhaltige Bewirtschaftung und Entwicklung unserer Wälder und Forsten in allen Eigentumsformen ist sie aber unverzichtbar. Der Landeswald muss dabei zum Vorbild für die von uns geforderte nachhaltige Entwicklung hin zu naturnahen Wäldern in seinen Funktionen Schutz, Nutzung und Erholung werden. Diese Chance wollen wir nutzen, einen Verkauf von landeseigenen Forstflächen lehnen wir deshalb genauso ab wie die Überführung des gesamten Landeswaldes in eine privatrechtlich verfasste Gesellschaft. Die zur Privatisierung vorgesehenen Waldflächen des Preußenvermögens und die Liegenschaften der ehemaligen Sowjettruppen (sog. WGT-Liegenschaften) sollen der Landesforst übertragen werden.

Naturnah wirtschaftende Waldbetriebe und die wissenschaftlichen Erkundungen des Landeskompetenzzentrums Forst zeigen in Praxis und Theorie, dass auf weit über 50 Prozent der Waldfläche Brandenburgs artenreiche Laub- und Mischwälder wachsen können. Voraussetzung ist eine konsequent naturnahe Forstwirtschaft ohne Kahlschläge. Neben der kostengünstigen Naturverjüngung und Hähersaat bedarf es hierzu auch der Bereitstellung geeigneten Pflanzmaterials. Für das Vorantreiben der ambitionierten Waldumbaustrategie der Landesforstverwaltung in privaten und

öffentlichen Forsten wollen wir die notwendigen Mittel bereitstellen. Flankierend wollen wir das Jagdrecht novellieren um eine effektive Begrenzung der Populationsdichten von Reh-, Dam- und Rotwild zu sichern.

Die Mindestanforderungen an die gute fachliche Praxis in der Forstwirtschaft wollen wir im Landeswaldgesetz verankern. Fördermittel sollen nur noch über diese ökologischen Mindestansprüche hinausgehenden Leistungen ausgereicht werden. Eine nicht nachhaltige industrielle Übernutzung unserer Wälder lehnen wir ab. Statt einen überdimensionierten Waldwegebau zu fördern wollen wir die geringer werdenden Mittel auf den Waldumbau und besondere Naturschutzleistungen konzentrieren. Zusammenschlüsse von Kleinwaldbesitzern sollen durch kostenfreie Beratung unterstützt werden. Im Landeswaldgesetz ist zudem eine differenzierte Bewirtschaftung von Kleinwaldflächen in dicht besiedelten Gemeinden fest zu legen. Schließlich sind hier auch klare Verfahrensregeln zur Anlage und Sicherung von Schutz- und Erholungswäldern zu definieren.

Um die Vorbildfunktion des Landeswaldes zu stärken soll dieser nach den Nachhaltigkeitskriterien des FSC zertifiziert werden. Zugleich wollen wir für die öffentliche Beschaffung von Holzprodukten die Einforderung von FSC-Zertifikaten vorgeben.